Guenther Sandleben
April 2009

Aprilthesen

Über die Aufgaben in der gegenwärtigen Krise

1. Die kapitalistische Krise hat solche Ausmaße erreicht, dass selbst Regierungen nicht mehr vor Verstaatlichungen und Enteignungen zurückschrecken. Der Staat tut alles, um den Zusammenbruch des Kapitalismus zu verhindern. Durch gigantische Rettungs- und Konjunkturpakete riskiert er seine eigene Kreditwürdigkeit. Die ökonomische Krise bewegt sich in Richtung Staatskrise. Die Bourgeoisie steckt in einer Sackgasse, aus der sie so schnell nicht herauskommen wird.

2. Noch wird die Krise verharmlost. Selbst Linke sehen darin ursächlich eine „Finanzkrise“. Politisch stehen sie an der Seite derjenigen, die das kapitalistische System durch massive Staatsinterventionen retten wollen. Doch die Finanzkrise ist nur Teil einer umfassenden Krise, die durch die Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Wirtschaft notwendig entstehen musste.

3. Produktion ohne Rücksicht auf die Schranke des Marktes, dies gehört zum Wesen kapitalistischen Wirtschaftens und führt zum merkwürdigen Phänomen einer allgemeinen Überproduktionskrise: Konsumtions- und Produktionsmittel sind überflüssig, weil sie als Waren keinen profitablen Absatz finden. Dies heißt aber gerade nicht Überfluss im Verhältnis zu den Bedürfnissen. Vielmehr ist die breite Masse der Bevölkerung notwendigerweise unterversorgt. Denn als Lohnabhängige sind sie als Mittel einer möglichst großen Profitproduktion versklavt, so dass ihr Lohn entsprechend niedrig sein muss. Und er wird durch die Existenz von Massenarbeitslosigkeit, die das Kapital selbst produziert, niedrig gehalten. Niedrige Löhne und niedrige Bezüge der Arbeitslosen (inklusive der großen Masse der Rentner) verhindern eine Bedürfnisbefriedigung, die durch Konsumtion der nicht absetzbaren Waren möglich wäre. Was eigentlich selbstverständlich wäre, blockiert das kapitalistische Eigentumsverhältnis: Die einfache Aneignung aller Produktionsvoraussetzungen und Arbeitsresultate durch die im Produktionsprozess vereinten Arbeiter. Es gäbe keine Überproduktionskrisen mehr.

4. In einer solchen Blockade zeigt sich, dass die Eigentumsverhältnisse zu Fesseln der Produktivkräfte geworden sind. Sie bremsen die Produktivkräfte, vernichten sie in der Krise oder setzen sie zumindest außer Funktion durch Stilllegung von Fabriken, Kurzarbeit, Entlassungen. Aber die größte Produktivkraft ist, wie schon Marx bemerkte, die revolutionäre Klasse selbst. Sie wird gezwungen, revolutionär zu sein, weil die überlebten bürgerlichen Einrichtungen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse verhindern. Die Beseitigung dieser Schranken ist ihre historische Aufgabe. Und je tiefer und umfassender die Krise, desto mehr Bedürfnisse bleiben unerfüllt und desto größer das Bedürfnis, die Blockaden wegzuräumen. Es entstehen radikale Bedürfnisse. Arbeiter und Arbeitslose müssen sich die sachlichen Produktivkräfte nicht nur aneignen, um ihre Lohnknechtschaft abzuschaffen, sondern auch, um ihre persönliche Existenz sicher zu stellen. In der gegenwärtigen Krise tritt gerade dieser letzte Punkt besonders ins Bewusstsein. Sie müssen etwas dagegen tun, wenn die Unternehmer sie massenhaft auf die Straßen werfen, wenn sie auf vielfältigster Weise bittere Not leiden, obwohl alle Voraussetzungen da wären, ein glückliches Leben im Wohlstand zu führen.

5. „Erst dann“, schrieb einst Lenin, „wenn die ‚Unterschichten’ das Alte nicht mehr wollen und die ‚Oberschichten’ in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen: …die Revolution ist unmöglich ohne eine gesamtnationale (Ausgebeutete wie Ausbeuter erfassende) Krise.“ In diese Richtung drängt auch die jetzige große Krise, aus der heraus schon bald die Gewit-

terluft einer Periode verschärften Klassenkampfes entstehen wird.

6. Mit der Krise dürfte also die Phase relativer ökonomischer, sozialer und politischer Stabilität beendet sein. Was aber in breiten Kreisen der Linken fortlebt, sind die alten Verhaltensmuster jener Phase. Ihr geht es hauptsächlich um Abwehrkämpfe, bestenfalls um eine partielle Verbesserung innerhalb des Lohnsystems. Trotz veränderter Kampfsituation wiederholt sie alte Forderungen nach Verstaatlichung oder nach umfassenderen Konjunkturprogrammen, obwohl die bürgerlichen Regierungen längst damit beschäftigt sind, all diese in der alten Periode noch sozialistisch klingenden Maßnahmen zügig umzusetzen. Indem die kapitalistischen Staaten dies tun, liefern sie den Beweis, dass es sich dabei keineswegs um Übergangsforderungen handelt, die als Brücke zum Sozialismus dienen. Auch die Forderung nach Regulierung bis hin zur deutlichen Einschränkung der Finanzmärkte hat unter den neuen Bedingungen jeden sozialistischen Schein verloren. Es waren die G-20-Staaten selbst, die auf ihren Treffen solche Maßnahmen ankündigten, um ihr morsches System zu retten. So versacken große Teile der Linken im Tageskampf; das sozialistische Ziel verkommt zu einer bedeutungslosen Phrase, indem es auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird.

7. Die neue Periode, die Periode ansteigender Klassenkämpfe, setzt den Sozialismus ganz oben auf die politische Agenda. Er ist, wie Rosa Luxemburg bereits zu ihrer Zeit feststellte, „das Minimum, das wir heutzutage durchzusetzen haben“, also die wirkliche Richtschnur im Tageskampf. Diese Aktualität von Sozialismus und Revolution erfordert eine offensivere Strategie: Durch ein System miteinander verbundener Forderungen müssen die bisherigen Abwehrkämpfe auf eine höhere Stufe gehoben werden, wo auch die aufkeimenden radikalen Bedürfnisse der breiten Masse zur Geltung kommen. Solche Kämpfe werden notwendigerweise darauf abzielen, die Macht des Bourgeois-Regimes durch den Aufbau eigener Machtorgane zu zersetzen und die kapitalistisch organisierte Lohnarbeit durch eine direkt-gemeinschaftliche Organisation der Arbeit abzulösen. Die Spaltung der Gesellschaft in Klassen sowie in Arbeitslose und Beschäftigte würde beseitigt. Überflüssige Arbeiten wie die unproduktiven und schädlichen Tätigkeiten der Staatsparasiten, Lobbyisten, Versicherungs-, Bank-, Inkasso- und Marketingunternehmen fielen fort. Übrig blieben gesellschaftlich-notwendige Arbeiten, die auf alle Hände zu verteilen wären. Die Arbeitszeit würde radikal verkürzt bei voller Entfaltung aller produktiven Möglichkeiten der Menschen durch die Aufhebung der alten Arbeitsteilung.